



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

96. Sitzung (öffentlich)

13. April 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9761

Ausschussprotokoll 16/1119

In Verbindung mit:

**Bericht der Landesregierung zum „Gesetz des Landes Nordrhein-
Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung
(Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen – BGG
NRW)“**

**Stellungnahme der Landesregierung zum Bericht der Beauftragten der
Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung in
Nordrhein-Westfalen**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3597

Kurze Diskussion. – In einer Sondersitzung soll über Änderungsanträge beraten und die Beschlussempfehlung an das Plenum abgegeben werden.

2 Gesetz zur Umsetzung europarechtlicher Vorgaben über die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10308

Ausschussprotokoll 16/1155

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/10308 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

3 Gesetzlicher Mindestlohn ist gut für die Beschäftigten und die Gesellschaft – Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung weiter eingrenzen **13**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11425

Der Ausschuss will zum Antrag der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 16/11452 sowie zum Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8457 am 18. April 2016 Sachverständige anhören.

4 Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge – Entlastung bei den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung **14**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9789

Ausschussprotokoll 16/1158

Der Ausschuss diskutiert. – Die abschließende Beratung und Abstimmung soll am 25. Mai 2016 stattfinden.

5 Expertise zur Lebenssituation älterer Menschen mit lebenslanger Behinderung in Nordrhein-Westfalen (siehe Anlage) 17

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3777

Prof. Dr. Friedrich Dieckmann von der Katholischen Hochschule NRW berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

6 Keine Reform der Pflegeberufe zu Lasten von Ausbildungsqualität und Ausbildungskapazitäten 29

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16711420

Die FDP-Fraktion bittet für eine der nächsten Sitzungen um einen aktuellen Sachstandsbericht.

7 Heimkinderfonds für erlittenes Leid von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den Jahren 1949 – 1990 30

Bericht der Landesregierung

In Verbindung mit:

Bericht über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Hilfsfonds – Hilfesystem für Menschen, die als Kinder und Jugendliche in der Zeit von 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie Unrecht und Leid erfahren haben (Stiftung „Anerkennung und Hilfe“)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3864

Der Ausschuss diskutiert. – Der Punkt soll am 25. Mai 2016 erneut aufgerufen werden.

8 Alkohol in der Schwangerschaft – jeder Schluck kann das werdende Leben dauerhaft schädigen 32

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8980

Ausschussprotokoll 1671051

Der Ausschuss strebt eine einheitliche Beschlussfassung zu diesem Thema an.

9 Bericht über die Personalausstattung in stationären Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen 34

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/ 3844

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

10 Bericht über die aktuellen Zahlen zu MRSA-Infektionen in Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen 35

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3843

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

11 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW) 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Ausschussprotokoll 16/1189

Der mitberatende AGS-Ausschuss verzichtet auf die Abgabe eines Votums an den federführenden Innenausschuss.

- 12 Bericht über die Kommunikationsmöglichkeiten für gehörlose Bürgerinnen und Bürger mit der Polizei in Nordrhein-Westfalen 37**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3847
- MR Baumeister (MIK) beantwortet eine Frage des Abgeordneten Preuß (CDU).
- 13 Verschiedenes 38**
- a) Informationsfahrt nach Helsinki 38**
- Der Ausschuss beschließt einstimmig, vom 21. bis 26. August 2016 eine Informationsfahrt nach Helsinki durchzuführen.
- b) Sitzungen am 21. und 22. Juni 2016 in Fraktionsstärke 38**
- Etwaige Ausschusssitzungen sollen an diesen beiden Tagen in Fraktionsstärke abgehalten werden.
- c) Maßregelvollzugsgesetz: Novelle/Erlass 38**
- Aktuellem Änderungsbedarf soll mit einem Erlass seitens des MGEPA nachgekommen werden. – Das Ministerium will die Maßregelvollzugsfachleute der Fraktionen zu einem Informationsgespräch einladen. – Für die nächste Legislaturperiode wird eine Novelle des Maßregelvollzugsgesetzes ins Auge gefasst.
- d) Frage eines Abgeordneten zur Notfallversorgung KV Nordrhein 38**
- e) Hinweis auf eine Terminkollision 39**

**11 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
(Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Ausschussprotokoll 16/1189

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, das Plenum habe diesen Gesetzentwurf in seiner 100. Sitzung am 16. Dezember 2016 überwiesen an den Innenausschuss – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung, an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation sowie an den Integrationsausschuss.

Er schlage vor, so der Vorsitzende, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der mitberatende AGS-Ausschuss verzichtet auf die Abgabe eines Votums an den federführenden Innenausschuss.

